

**Schaut voraus und bildet aus!
Für Nachwuchskräfte sorgen,
bedeutet Einnahmen auch morgen**

Unter diesem Motto stand nicht nur die Arbeitstagung des 47. Landes-Steuer-Gewerkschaftstag Bremen am 3. November 2009, der ein Ausbildungskonzept beschloss, sondern auch die anschließende öffentliche Veranstaltung mit einer Vielzahl von Ehrengästen aus Verwaltung und Politik und anderen Verbänden der DSTG.

Die DSTG steht als Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung für vielerlei Dinge ein. Die DSTG verfolgt stets das Ziel, dass die Steuergesetze handhabbar bleiben, dass gerecht besteuert werde, dass diejenigen, die sich an der Kasse vorbeidrücken - wie es der Bundesvorsitzender Dieter Ondracek so wunderbar ausgedrückt hat -, an die Kasse geholt werden, dass Steuerhinterziehung konsequenter bekämpft wird, dass steuerliche Privilegien abgeschafft und Steueroasen ausgetrocknet werden, dass jeder Bürger und jede Bürgerin die Steuern zahlt, die nach dem Gesetz anfallen, und dass nicht der Ehrliche der Dumme ist.

Die DSTG ist darum bemüht, dass die Arbeitsbedingungen stimmen, dass die richtigen Organisationsformen Platz greifen, dass kein Sand ins Getriebe gerät, dass die Kolleginnen und Kollegen motiviert ihre Arbeit und somit gute Leistungen erbringen, zum Wohle der Freien Hansestadt Bremen und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Diese Aufzählungen könnte man sicher noch fortsetzen.

Eines jedoch ist Voraussetzung für all das, was der wieder gewählte Landesvorsitzende Winfried Noske aufzählte und auch dafür steht die DSTG ein: **Es muss Personal in einem ausreichenden Umfang ausgebildet und eingestellt werden!**

Nicht zuletzt deshalb hat die DSTG Bremen das Thema „Ausbildung“ zum Motto ihres 47. Steuer-Gewerkschaftstages gemacht, hat ein Ausbildungskonzept vorgelegt und hochrangige Politiker des Landes zur Diskussion über diese Frage, aber auch über andere Themen unserer Finanzverwaltung, eingeladen.

Unter der Leitung von Christian Dohle, Fernsehjournalist von Radio Bremen, fanden sich Finanzsenatorin Frau Bürgermeisterin Linnert,

der Bundestagsabgeordnete Dr. Sieling, der Oppositionsführer in der Bremischen Bürgerschaft Herr Röwekamp und der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek zur Podiumsdiskussion.

Aus aktuellem Anlass stand der gerade abgeschlossene Koalitionsvertrag von schwarz-gelb zur Diskussion, vehement vorgetragen von Thomas Röwekamp. Bereits zum Januar 2010 sollen die ersten Steuersenkungen erfolgen. Bürgermeisterin Linnert hofft dagegen, dass Steuersenkungen keine Mehrheit finden, dies sei Politik der Bundesregierung zu Lasten Dritter und Bremen, das mit dieser Ansicht nicht allein steht, kann sich den Verzicht auf Steuereinnahmen nicht leisten. Auch die rot-grüne Regierung der Vergangenheit hat Steuern gesenkt, aber für Bürger mit niedrigem Einkommen und nicht wie jetzt für Reiche. Nach Ansicht des Bundesvorsitzenden Ondracek ist der neue Bundesfinanzminister Schäuble noch der einzige, der an einem vernünftigen Steuersystem festhält und nur umsetzen will, was finanzierbar ist. Der Staat ist unterfinanziert, für Steuersenkungen bleibt kein Raum.

Nach Meinung des Oppositionsführers Röwekamp (CDU) kann es in Bremen einen ausgeglichenen Haushalt nur dann geben, wenn auf der Ausgabenseite weiter gekürzt wird. Bei diesem strukturellen Sparen muss dann auch gefragt werden, welche Dienstleistungen in Zukunft nicht mehr angeboten werden und nicht nur, wie von der Finanzsenatorin vertreten, durch Umbau der Verwaltung Personaleinsparungen auf Zeit zu erzielen. Hier sieht Ondracek für die Finanzverwaltung jedoch keinen Spielraum mehr. Wer ein immer komplizierteres Steuerrecht anwenden will, braucht Personal. Die Besteuerung wird nicht akzeptiert, wenn nur noch der Dumme die Steuern zahlt, es muss Personal für eine gerechte Besteuerung zur Verfügung stehen. Die für 2010 vorgesehene Ausbildung von jeweils einem Lehrgang mit 20 Teilnehmern im mittleren und gehobenen Dienst der Finanzverwaltung ist zu begrüßen, aber die gesamte Personalausstattung ist zu gering. Das Ausbildungskonzept der DSTG Bremen fordert 80 Nachwuchskräfte pro Jahr, das sind die 40 des Jahres 2010 nicht ausreichend.

Frau Linnert räumt ein, dass Bremens Finanzverwaltung beim Personal im Bundesvergleich auf unterster Ebene steht. Hier soll

aber auch die übernommene Hypothek, dass fünf Jahre kaum ausgebildet wurde, anerkannt werden. Aus Gründen der Haushaltssanierung stehen weitere Einsparungen an. Eine Möglichkeit ergibt sich vielleicht dadurch, dass die Pensionsgrenze für Freiwillige auf 68 Jahre angehoben wurde. Das Personalvolumen kann auch durch die Ausbildung von weiteren Fachangestellten für Bürokommunikation entlastet werden, denn keine Steuerverwaltung kann heute mehr so arbeiten, wie bei der Ausbildung gelernt. Elektronische Steuererklärungen, maschinelles Risikomanagement und auch das Reformmodell Finanzamt 2010 werden weitere Entlastungen bringen. Bremen ist über Sparmaßnahmen nicht zu retten. Wenn die Steuereinnahmen nicht stabil sind, kann Bremen nicht dagegen ansparen, da ein Viertel der Steuereinnahmen bereits für die Zinszahlungen ausgegeben werden. Auch das Argument, dass Finanzbeamte mehr (ein-)bringen, als sie kosten, vermag Frau Linnert nicht zu überzeugen. Sie lässt keine Trennung zwischen Kostenträgern wie Polizisten, Lehrern und Finanzbeamten, die beispielsweise als Betriebsprüfer nach Finanzausgleich immer noch 48 T€ in Bremens Kassen bringen, zu. Dies ist selbst für den Moderator Christian Dohle eine nicht nachvollziehbare Politik.

Die Vertreter der Politik sehen keine Möglichkeit das Ausbildungskonzept der DSTG in den nächsten Jahren umzusetzen. Nicht mehr Personal sei die Lösung, sondern ein vereinfachtes, transparentes Steuerrecht.

Der abschließende Kernsatz fiel nicht in dieser Podiumsdiskussion, sondern in den Abendnachrichten durch den Finanzminister Schäuble. Er sagte: *Ich bin mir sicher, dass wir am Ende diese Legislaturperiode weder einen ausgeglichenen Haushalt noch ein gerechteres Steuersystem haben werden.* Finanzverwaltung Bremen - quo vadis?